



Andreas Grau, Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

# Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement



Dieser Beitrag dokumentiert Ergebnisse des Projektes *Reflexive Stadtgesellschaft* in Bremen, das unter Koordination des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld durchgeführt wurde. Die Studie wurde durch den Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (vhw) gefördert. Dem Projekt liegt eine Annahme zu Grunde, die wie folgt formuliert werden kann: Je genauer Aussagen über die Qualität des Zusammenlebens unterschiedlicher Gruppen (z.B. gemessen am Ausmaß der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*) im eigenen identifikationsrelevanten Sozialraum (hier festgemacht am jeweiligen Sozialindex der Wohngegend) vorliegen, desto mehr Möglichkeiten für die gezielte Aktivierung bzw. Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement vor Ort sind gegeben.

Im vorliegenden Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich Ortsteile mit unterschiedlichem Sozialindex hinsichtlich Vorurteilen gegenüber schwachen Gruppen unterscheiden und welche Unterschiede hinsichtlich der Partizipationspotenziale existieren. Darüber hinaus soll untersucht werden, in welchem Zusammenhang individuelle Engagementbereitschaft mit der Einschätzung kollektiver Interessenwahrnehmung in der Wohngegend sowie mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* steht.

## Theoretische Rahmung

Der Begriff *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurde unter der Federführung von Wilhelm Heitmeyer im Rahmen der gleichnamigen, zehnjährigen Langzeitstudie (2002–2011) eingeführt. *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* bezieht sich dabei nach Heitmeyer, wie auch Vorurteile, nicht auf ein individuelles Feindschaftsverhältnis, sondern auf ein Konglomerat aus abwertenden Einstellungen gegenüber Individuen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenmitgliedschaft (vgl. Heitmeyer 2002; Zick et al. 2008). Der Begriff umfasst dabei nicht nur Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten, sondern bezieht auch andere sozial schwache Gruppen ein, die mit Vorurteilen seitens der Mehrheitsgesellschaft belegt werden. Dahinter liegt die Annahme, dass abwertende Einstellungen nicht nur gegenüber Gruppen fremder Herkunft bestehen, sondern auch gegenüber Personengruppen gleicher Herkunft, die aber vermeintlich oder offensichtlich von den Normvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft abweichen (vgl. Heitmeyer 2002, S. 19). Zugleich

wird in diesem Ansatz nicht davon ausgegangen, dass es sich bei Vorurteilen gegenüber verschiedenen Gruppen um identische Einstellungsmuster handelt, sondern um verschiedene Facetten eines generellen Phänomens. Damit wiederum ist die Annahme verbunden, dass die abwertenden Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen (z.B. gegenüber Ausländern, Muslimen, obdachlosen Personen oder Frauen) nicht isoliert voneinander bestehen, sondern sich gemeinsam zu einem Vorurteilssyndrom konstituieren.

Für das deutschsprachige Syndrom *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurden zunächst neun, seit 2008 zehn Elemente berücksichtigt. Dies sind im Einzelnen: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Homophobie (Abwertung von Homosexuellen), Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Islamophobie (Abwertung von Muslimen), die Etabliertenvorrechte sowie seit 2008 die Abwertung von langzeitarbeitslosen Personen (vgl. Abb. 1; für eine differenzierte Beschreibung der Elemente siehe Heitmeyer 2002, 2008).

Zentral für uns ist im Folgenden die Frage, welche Verbreitungsgrade *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in den Bremer Ortsteilen unter besonderer Berücksichtigung des Sozialindex hat und in welchem Zusammenhang diese mit der Bereitschaft zu individuellem bürgerschaftlichen Engagement steht.

Dieses ist ein weiteres Element unserer Untersuchungen: Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen in den letzten beiden Jahrzehnten, v.a. die Individualisierung von Lebensentwürfen, die Globalisierung wirtschaftlicher Zusammenhänge und die

Überschuldung staatlicher wie kommunaler Haushalte, forciert in der Bundesrepublik eine zunehmende Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, und zwar weg vom Wohlfahrtsstaat hin zur Bürgergesellschaft. Mit dieser Entwicklung einhergehend ziehen sich – häufig aus finanziellen Gründen – mehr und mehr staatliche und kommunale Einrichtungen aus der Verantwortung, was zumeist segregative Konsequenzen zeitigt (also Polarisierung von Arm und Reich, Einheimischen und Zugewanderten, Jungen und Alten). In diesem Zusammenhang spielt bürgerschaftliches Engagement (BE) eine besondere Rolle: Gedacht als „unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft“ (Deutscher Bundestag 2002, S. 2) wird das aktive Engagement von Bürgern notwendig für die Schaffung eines solchen „Gemeinwesens, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger nach demokratischen Regeln selbst organisieren und auf die Geschichte des Gemeinwesens einwirken können“ (ebd., 6).

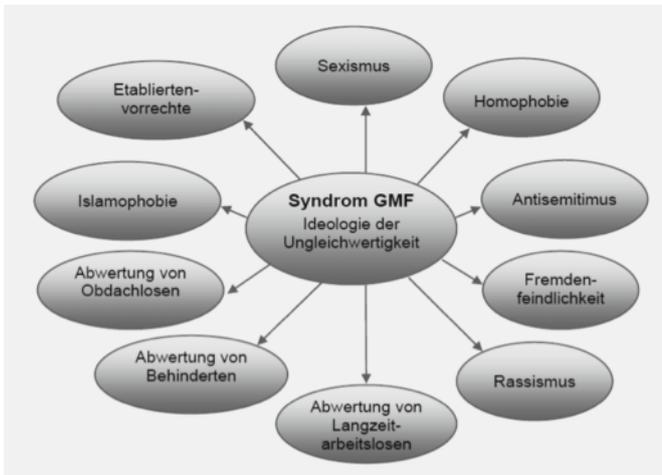


Abb. 1: Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Ganz allgemein wird mit dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements das politische, soziale und Gemeinwohl fördernde Engagement von Bürgern zur Erreichung gemeinsamer Ziele bezeichnet. Bürgerschaftliches Engagement kann auch beschrieben werden als individuelle Teilhabe an gesellschaftlichen Belangen – als solche generiert es v.a. Sozialkapital und ist damit die Voraussetzung für eine integrierte Gesellschaft und Demokratie (Putnam 2000).

Nicht selten wird bürgerschaftliches Engagement auch herangezogen als Indikator für die Qualität einer Gesellschaft: Je höher die Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung ist, sich aktiv zu engagieren, desto höher ist der Zusammenhalt, die Solidarität und die Sozialität in der Gesellschaft zu bewerten. Aktiver Bürgerbeteiligung wird dabei von politischer Seite immer wieder das besondere Potenzial bescheinigt, Defizite, die sich aus dem immer offensichtlicher werdenden Rückzug des Staates aus kommunalen Angelegenheiten ergeben, aufzufangen. Neben der individuellen Bereitschaft, sich zu engagieren, wird daher auch die Einschätzung der kollektiven Interessenwahrnehmung vor Ort berücksichtigt. Denn es ist

anzunehmen, dass eine höhere Einschätzung von kollektiver Interessenwahrnehmung auch mit einer höheren individuellen Engagementbereitschaft einhergeht. Es stellt sich aber auch die Frage, wie sich dies in Ortsteilen mit unterschiedlichem Sozialindikator auswirkt.

## Beschreibung des Studiendesigns

Per Zufallsauswahl wurden 57 Bremer Ortsteile für die Erhebung ermittelt. Dabei blieben Ortsteile mit nur geringer Bevölkerungsdichte von vorneherein unberücksichtigt, da eine Erhebung in diesen gering besiedelten Gebieten mit erheblichem Mehraufwand verbunden gewesen wäre. So wurde neben einzelnen Ortsteilen auch der Stadtteil Häfen nicht in die Untersuchung einbezogen. Eine Auflistung der Ortsteile, in denen die Befragung stattfand, kann bei den Autoren angefragt werden. Die Gesamtstichprobe der Studie in Bremen umfasst 557 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Alter von 16 bis 89 Jahren. In Anlehnung an den von der Stadt Bremen ermittelten Sozialindex<sup>1</sup> der verschiedenen Ortsteile (ohne Ausländer) wurden die in die Erhebung eingegangenen Ortsteile in die vier Vergleichsgruppen *niedriger Sozialindex*, *eher niedriger Sozialindex*, *eher hoher Sozialindex* und *hoher Sozialindex* aufgeteilt.<sup>2</sup>

- Ortsteile mit niedrigem Sozialindex (n = 89)
  - –145 bis –63, ohne Ausländer
  - z.B. u.a. Tenever, Neuenland, Neue Vahr Südwest
- Ortsteile mit eher niedrigem Sozialindex (n = 176)
  - –58 bis –0.89, ohne Ausländer
  - z.B. u.a. Sodenmatt, Utbremen, Mahndorf
- Ortsteile mit eher hohem Sozialindex (n = 197)
  - +15 bis +58, ohne Ausländer
  - z.B. u.a. Lesum, Hastedt, Rehum
- Ortsteile mit hohem Sozialindex (n = 100)
  - +61 bis +103, ohne Ausländer
  - z.B. u.a. Peterswerder, Schwachhausen, Bürgerpark

## Ergebnisse

Bei der Betrachtung der Analysen zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* fallen vor allem zwei Dinge auf:

- Für sieben der zehn Syndromelemente (Fremdenfeindlichkeit, die Abwertung von Homosexuellen, die Abwertung von Obdachlosen, die Abwertung von Behinderten, Islamophobie, Sexismus und die Abwertung von Langzeitarbeits-

<sup>1</sup> Für die Berechnung der Sozialindizes der Bremer Ortsteile siehe: Sozialindikatoren 2009, Aktualisierung der Sozialindikatoren. Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Stadt Bremen (Hrsg.), Bremen 2010.

<sup>2</sup> Die Extremgruppen niedrig vs. hoch wurden anhand der Standardabweichung (60,1) des Sozialindex gebildet, entsprechend sind Werte größer +60 als „hoher Sozialindex“ und Werte kleiner –60 als „niedriger Sozialindex“ berücksichtigt worden. Die restlichen Werte wurden entsprechend des Mittelwertes (0) entweder als eher niedriger (–59 bis 0) oder eher hoher (0 bis 59) Sozialindex berücksichtigt. Die vollständige Liste, welcher Ortsteil in welche Kategorie fällt, kann bei den Autoren angefragt werden.



losen) finden sich in Ortsteilen mit niedrigem Sozialindex die stärksten Abwertungstendenzen. Hier zeigt sich eine deutliche Verdichtung von Problemlagen und damit verbunden eine deutliche Gefährdung des Zusammenlebens unterschiedlicher Gruppen vor Ort.

- Betrachtet man die Zustimmung zu Rassismus, Antisemitismus und der Einforderung von Etabliertenvorrechten, so wird deutlich, dass diese auch in Ortsteilen mit hohem Sozialindex vergleichsweise hoch ausfallen.

Hieran wird deutlich, dass sich – im Hinblick auf das Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen – problematische Einstellungsmuster durchaus auch in Ortsteilen mit hohem Sozialindex wiederfinden.

	Sozialindex			
	Niedrig	Eher niedrig	Eher hoch	Hoch
Fremdenfeindlichkeit	33,3	18,4	14,8	19,0
Rassismus	9,6	5,2	4,2	8,0
Antisemitismus	6,7	2,9	2,1	6,1
Homophobie	15,5	6,9	4,1	7,0
Abwertung von Obdachlosen	29,6	16,2	16,9	21,2
Abwertung von Behinderten	6,2	1,7	1,0	1,0
Islamophobie	27,4	14,9	8,2	9,0
Etabliertenvorrechte	33,7	22,7	23,3	25,3
Sexismus	13,3	6,9	5,1	7,0
Abwertung von Langzeitarbeitslosen	21,7	12,9	16,8	12,0

Anmerkung: Angaben in Prozent. Dargestellt ist der prozentuale Anteil von Befragten, die für das jeweilige Syndromelement einen Wert von > 2,5 aufweisen (Werte können zwischen 1 = keine Abwertung und 4 = hohe Abwertung liegen).

### Wichtige Anmerkung:

Absolute Vergleiche zwischen den einzelnen GMF-Elementen, wie z.B. Fremdenfeindlichkeit ist insgesamt geringer als Antisemitismus, sind nicht geboten, da u.a. die Aussagen zur Erfassung der GMF unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind.

Relative Vergleiche hingegen, wie z.B. Befragte aus Ortsteilen mit Sozialindikator X stimmen den antisemitischen Aussagen stärker zu als die Befragten aus Ortsteilen mit dem Sozialindikator Y, sind zulässig.

Tab. 1: Ausprägung der Syndromelemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Als ein Hinweis auf eine aktive Bürgergesellschaft wurde erhoben, inwiefern die Befragten sich aktuell vorstellen könnten, sich für eine bestimmte Sache aktiv zu engagieren.<sup>3</sup> In Ortsteilen mit *niedrigem Sozialindex* ist diese Bereitschaft mit 45,2% der Befragten am geringsten ausgeprägt. In Ortsteilen mit *eher niedrigem* oder *eher hohem Sozialindex* signalisieren jeweils über die Hälfte der Befragten Engagementbereitschaft. Mit 61% fällt Bereitschaft für zukünftiges Engagement in Ortsteilen mit *hohem Sozialindex* am höchsten aus.

Neben dieser allgemein gehaltenen Fragestellung zur Engagementbereitschaft wurde im Rahmen der Studie noch die Einschätzung bezüglich der kollektiven Interessenwahrnehmung im Wohngebiet mittels zwei Fragen erfasst (Oberwittler/Naplava 2002): zum einen die Frage, ob die Leute bei der Einrichtung eines neuen Jugendzentrums, bei dem es an Geld mangelt, helfen würden, eine Lösung für die Einrichtung mit Möbeln und Spielzeug zu finden. Hier unterscheiden sich die Einschätzungen der Befragten in Ortsteilen mit *niedrigem*, *eher niedrigem* und *eher hohem Sozialindex* nicht wesentlich, hier gehen jeweils nur knapp über 20% von einer sicheren Hilfsbereitschaft aus. Hingegen zeigt sich in Ortsteilen mit *hohem Sozialindex* diesbezüglich mit 42,4% eine deutlich höhere Einschätzung der sicheren Hilfsbereitschaft. Zum anderen die Frage nach einem Engagement für eine Fußgängerampel an einer unfallreichen Kreuzung. Hier halten zwischen 32% der Befragten in Ortsteilen mit *niedrigem Sozialindex* und 57,6% in Ortsteilen mit *hohem Sozialindex* kollektive Interessenwahrnehmung in ihrer Nachbarschaft für sicher. Die Werte für Befragte aus Ortsteilen mit *eher niedrigem* (46,7%) bzw. *eher hohem* (51,8%) *Sozialindex* liegen dazwischen.

Es bleibt festzuhalten, dass in Ortsteilen mit *niedrigem Sozialindex* sowohl die individuelle Bereitschaft, sich zu engagieren, als auch die Einschätzung zur kollektiven Interessenwahrnehmung deutlich geringer ausfällt als in Ortsteilen mit *hohem Sozialindex*. Zuletzt soll noch geprüft werden, ob die individuelle Engagementbereitschaft sowohl mit der Einschätzung kollektiver Interessenwahrnehmung zusammenhängt als auch mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Dabei wird wiederum nach dem *Sozialindex* der Ortsteile der Befragten differenziert.

Über alle Ortsteil-Kategorien hinweg zeigen sich keine statistisch bedeutsamen Zusammenhänge zwischen der individuellen Engagementbereitschaft und der Einschätzung von kollektiver Interessenwahrnehmung. Die Befragten beurteilen diese im Wohngebiet also unabhängig von ihrer eigenen Bereitschaft, sich für eine bestimmte Sache zu engagieren. Statistisch bedeutsame Zusammenhänge zeigen sich jedoch mit dem Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Mit einem höheren Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* geht eine geringere Bereitschaft zum Engagement einher. Da hier nur ein Erhebungszeitpunkt vorliegt, kann keine Aussage darüber getroffen werden, ob eine geringe Engagementbereitschaft *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* befördert oder andersherum Personen aufgrund einer höheren Ausprägung von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* weniger bereit sind, sich zu engagieren. Theoretisch plausibel ist Ersteres, da anzunehmen ist, dass Personen, die weniger Engagementbereitschaft äußern, tendenziell eher von sozialer Desintegration bedroht sind und bei diesen somit eine größeres Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* erwartbar ist.

<sup>3</sup> Könnten Sie sich aktuell vorstellen, sich für eine bestimmte Sache aktiv zu engagieren? Antwortkategorien: ja, nein.



Darüber hinaus haben wir die Zusammenhänge zwischen den folgenden drei Aussagen zur sozialen Kohäsion „Die Leute hier helfen sich gegenseitig“, „Hier kennen sich die Leute gut“ und „Man kann den Leuten in der Nachbarschaft vertrauen“ mit der Bereitschaft, sich zu engagieren, überprüft (nicht dargestellt). Hierbei zeigten sich ebenfalls keine statistisch bedeutsamen Zusammenhänge, was bedeutet, dass die Bereitschaft, sich zu engagieren, unabhängig vom Ausmaß sozialer Kohäsion und der kollektiven Interessenwahrnehmung, zumindest so wie diese in der vorliegenden Studie gemessen wurden, zu sehen ist.

Korrelation mit Engagementbereitschaft	Sozialindex			
	Niedrig	Eher niedrig	Eher hoch	Hoch
Jugendclub, kein Geld für Möbel, Spiele etc. <sup>1</sup>	-.16	-.03	-.08	-.18
Fußgängerampel an gefährlicher Kreuzung <sup>1</sup>	.02	-.13	-.12	.06
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	-.22*	-.16*	-.15*	-.26**

Anmerkung: <sup>1</sup>Würden Leute aus Ihrem Wohngebiet gemeinsam versuchen, sich für eine Lösung einzusetzen?; \*p < .05; \*\*p < .01.

Tab. 2: Zusammenhänge mit Engagementbereitschaft

### Fazit

Es sollte untersucht werden, inwiefern sich die Einstellungsmuster im Hinblick auf die Abwertung unterschiedlicher Gruppen unter Berücksichtigung sozial unterschiedlich zusammengesetzter Ortsteile in Bremen (gemessen über den *Sozialindex*) unterscheiden. Für die Syndromelemente Rassismus, Antisemitismus und die Einforderung von Etabliertenvorrechten finden sich in den Ortsteilen mit *hohem Sozialindex* vergleichbare Zustimmungswerte zu abwertenden Einstellungen wie den Ortsteilen mit *niedrigem Sozialindex*. Generell wurde deutlich, dass die Abwertungstendenzen in Ortsteilen mit *niedrigem Sozialindex* deutlich stärker ausgeprägt sind als in den übrigen Ortsteilen. In diesen Ortsteilen ist ebenfalls die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement am geringsten ausgebildet, wohingegen sie in Ortsteilen mit *hohem Sozialindex* deutlich höher ist. Schließlich soll untersucht werden, inwiefern die soziale Zusammensetzung von Wohngebieten und die Einschätzung von kollektiver Interessenwahrnehmung mit der Bereitschaft, sich zukünftig zu engagieren, in Verbindung stehen. Hierbei zeigten sich keine statistisch bedeutsamen Zusammenhänge, und zwar unabhängig von der Höhe des *Sozialindex*. Allerdings hängt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (wenn auch je nach *Sozialindex* unterschiedlich stark) statistisch bedeutsam mit der Engagementbereitschaft zusammen. Mit geringerer Engagementbereitschaft geht ein höheres Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* einher. Wenngleich die kausale Wirkrichtung dieses Zusammenhangs hier offenbleiben muss, da keine Daten im Längsschnitt vorliegen.

Dipl.-Sozw. Andreas Grau, Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer  
 Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung,  
 Universität Bielefeld

### Quellen:

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestags-Drucksache 14/8900

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2008: Deutsche Zustände, Folge 6. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Oberwittler, Dietrich/Naplava, Thomas (2002): Methodenbericht postalische Bewohnerbefragung 2001. Technische Berichte aus dem Projekt „Soziale Probleme und Jugenddelinquenz im sozialökologischen Kontext“ des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg

Putnam, Robert, D., (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster

Zick, Andreas/Wolf, Carina/Küpper, Beate/Davidov, Eldad/Schmidt, Peter/Heitmeyer, Wilhelm (2008): The Syndrome of Group Focused Enmity – Theory and an Empirical Test. In: Journal of Social Issues, 64, 2, 363-383

## Fordern Sie das vhw-Verlagsprogramm an

vhw-Verlags GmbH  
 Hinter Hoben 149, 53129 Bonn  
 Telefon: 0228/72599-30  
 Telefax: 0228/72599-19  
 E-Mail: verlag@vhw.de

